

KV-Nr.: 2219

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt) aus
9 Blatt und ist vollständig durchnummeriert.

Der Aufgabentext ist zu Beginn auf Voll-
ständigkeit zu überprüfen.

Neuss

den 14.01. 1999

Kreispolizeibehörde Neuss

(genaue Bezeichnung der Dienststelle)

Tgb. Nr. 233/99

Fernruf NA

(Eingangsstempel)

Strafanzeige

Strafbare Handlung: vom LJPA aus Prüfungszwecken entfernt

§§

Tatort: Römerstr./Betriebsgelände Autohaus Schneider Neuss
Bergheimerstr. 55 (näherliche Beschreibung) AG-Bezirk:

Tatzeit: 12.05 Uhr und 16.40 Uhr am 14.01.99

(Wochentag, Datum, Uhrzeit)

Geschädigt: Autohaus Schneider

(Name, bei Frauen auch Geburtsname, Vorname, Geburtstag, Geburtsort)

Römerstr. 33, Neuss

(Beruf, Wohnung)

Fernruf

Boschuldigt: 1. Müller, Peter, 21.04.1970 in Neuss

(Name, bei Frauen auch Geburtsname, Vorname, Geburtstag, Geburtsort)

Fernmeldeelektroniker, Bergheimerstr. 55 in Neuss

(Beruf, Wohnung)

2.

(Name, bei Frauen auch Geburtsname, Vorname, Geburtstag, Geburtsort)

(Beruf, Wohnung)

Gegenstand: ein Werbeschild und eine Metallabspernung

Schadenshöhe: 2000,-- DM

Beweisstücke:

Wo versichert?

Spurensuche

a) wurde durchgeführt am um Uhr

Bericht Bl. d. A.

b) ist nicht erforderlich.

(Unterschrift, Dienstgrad)

Fahndung

a) Suchvermerk liegt — nicht — vor

b) Notkarte — nicht — angelegt

c) Krim.-pol. Pers.-Akte — nicht — vorhanden und —
nicht — eingesehen

d) FS — nicht — gegeben

(Unterschrift, Dienstgrad)

Verwendung
von Kfz.:

ja



nein/unb.

Sachverhalt unseitig

Sachverhalt:

Am 14.01.1999, gegen 12.50 Uhr bat der Zeuge, Herr Junker, fernmündlich um das Erscheinen der Polizei, da sich auf dem Betriebsgelände der Firma Autohaus Schneider ein Verkehrsunfall ereignet habe. Der verantwortliche Fahrzeugführer sei anschließend ohne die Feststellung seiner Personalien zu ermöglichen, vom Unfallort mit dem Unfallfahrzeug geflüchtet.

Zur Unfallzeit hätten er und andere Mitarbeiter des Autohauses einen Knall vernommen. Bei der Nachschau sei festgestellt worden, dass ein PKW-Anhänger an einer Metallabsperrung des Gebrauchtwagenabstellplatzes gestanden und diese umgerissen habe. Ferner habe dieser führerlose Anhänger eine Werbetafel beschädigt. Der Schaden belaufe sich auf ca. 2000,-- DM.

Einige Zeit später habe ein weißer VW-Transporter, amtl. Kennz. NE-GE 744, in Höhe der Unfallstelle gehalten und der Fahrzeugführer habe angegeben, den Anhänger bei der Fahrt „verloren“ zu haben. In dem Fahrzeug habe sich noch eine weibliche Person befunden.

Nach Absprache habe sich der Fahrzeugführer zwecks Schadenregulierung in die Räumlichkeiten der Autofirma begeben. Anschließend habe dieser sich mit dem Transporter nebst Anhänger entfernt.

Auf Nachfrage im Büro habe er, Herr Junker, festgestellt, dass der Fahrzeugführer seine Personalien nicht abgegeben habe.

Eine Halterfeststellung ergab die Firma Gasper als Fahrzeughalterin. Auf fernmündliche Nachfrage wurde der beschuldigte Fahrzeugführer als Mieter des Fahrzeugs benannt.

Gegen 16.00 Uhr suchte der Unterzeichner den Beschuldigten zu Hause auf und belehrte ihn über seine Rechte. Angesprochen auf die Geschehnisse auf dem Gelände des Autohauses Schneider räumte der Beschuldigte ein, Fahrzeugführer gewesen zu sein.

Der Unterzeichner forderte vom Beschuldigten seinen Führerschein und den Fahrzeugschein des VW-Transporters zur Aufnahme der Unfalldaten und eröffnete ihm die Beschlagnahme des Führerscheins. Das Führen

- 3 -

führerscheinpflchtiger Fahrzeuge wurde ihm ausdrücklich untersagt. Der Beschuldigte unterschrieb daraufhin das Beschlagnahmeprotokoll.

Auf der Dienststelle wurde gegen 16.30 Uhr festgestellt, dass es sich bei dem genannten Führerschein um eine Totalfälschung handelte. Mein Kollege Ehmke und ich konnten erkennen, dass eine Farbfotokopie vorlag, welche aus zwei zusammengeklebten Blättern bestand. Diese Kopie wurde im Format des Originals erstellt und entsprechend zurechtgeschnitten und wirkte täuschend echt.

Nachdem die Fälschung festgestellt worden war, sind wir (PHM Ehmke und der Unterzeichner) zur Wohnung des Beschuldigten gefahren.

Dort übergab uns der Beschuldigte seinen „echten“ Führerschein der Klasse 3, ausgestellt vom Kreis Neuss am 12.03.89, der wiederum beschlagnahmt wurde. Er war mit der Farbfotokopie identisch.

Das Führen von führerscheinpflchtigen Fahrzeugen wurde ihm erneut untersagt.

Stöver

PHM

Kreispolizeibehörde Neuss

Ort / Datum / Uhrzeit
Neuss, 22.01.1999, 10.00 Uhr

Personengebundene Hinweise (z.B. Ausbrecher, gewalttätig)

Familienname / Ehefrau und Namensbestandteile
Müller

Sonstige Namen

Geburtsdatum (TTMMJJJJ)
21.04.1970

Geschlecht ☒ m ☐ w

Akademische Grade

Wohnort (ggf. Aufenthaltsort)
Bergheimer Str. 55, Neuss

☒ Beschuldigtenvernehmung
Personalbogen

☐ Bericht

☒ Erwachsener
☐ Heranwachsender
☐ Jugendlicher
☐ Ausländer

☐ Ausländerbehörde
☐ Jugendamt

Geburtsname

Vorname(n)
Peter

Geburtsort (Kreis / Land)
Neuss

Staatsangehörigkeit
deutsch

Spitzname

Familienstand
ledig

Beruf
Fernmeldeelektroniker

Eltern (auch Geburtsname) / Vormund

X
BPA/Pass ~~XXXXXX~~

4147768709

Ausstellungsdatum
11.05.1998

Behörde
Stadt Neuss

Arbeitgeber (bei Angehörigen des öffentlichen Dienstes auch Anschrift der Dienststelle)

z.Zt. arbeitslos

Einkommensverhältnisse a) z. Z. der Tat b) gegenwärtig

Erwerbslos seit

Ehrenämter

Vor- u. Familienname des Ehegatten (auch Geburtsname) / Wohnung des Ehegatten bei versch. Wohnung / Beruf

Kinder (Anzahl und Alter)

Pflege / Bewährungshelfer (Vor- und Zuname, Beruf, Wohnung)

Schule (bei Studierenden auch Anschrift der Hochschule)

Familienverhältnisse (Anzahl der Geschwister - Alter - Eltern geschieden)

Noch zur Person (u. a. Vorstrafen nach eigenen Angaben; nicht einberufener Wehrpflichtiger oder Zivildienstpflichtiger; Angehöriger der Streitkräfte, Dienstgrad, Zivildienstpflichtiger, Dienststelle mit Anschrift; Ausländer: Aufenthaltsverlaubnis/Ausstellungsbehörde; Festnahme/Verbleib; zuständige StA/AZ)

Der Beschuldigte teilte heute telefonisch mit, dass er sich durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen wolle und vor der Polizei keine weiteren Angaben machen werde.

(Unterschrift bei Personalbogen)

Stöver

PHM

*) Polizeinterne Hinweis / kein Bestandteil der Vernehmung

*) Bei Beschuldigtenvernehmung hier Belehrung (Vordruck NW Pol 11 a) vornehmen

NW Pol 11
VI/1983

Zeugenvernehmung

Der/die nachgenannte Zeuge(n) erschien

☒ auf Grund einer Vorladung

☐ aus eigener Veranlassung.

Zutreffendes <input checked="" type="checkbox"/> oder ausfüllen	
Name, Vorname, bei Frauen Geburtsname	Kersten, Heidrun, geb. Schmidt
Staatsangehörigkeit / geb. am, in, Kreis	deutsch, 01.03.1971 in Neuss.
Beruf / Wohnort, Straße, Hausnummer	Sekretärin, Neuss, Schillerstr. 5

Mit dem Gegenstand der Vernehmung bekannt gemacht, erklärt der/die Zeuge(n) folgendes:

Ich bin mit dem Beschuldigten weder verwandt noch verschwägert. Ich wurde darauf hingewiesen, daß ich die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, durch deren Beantwortung ich mich oder einen Angehörigen der Gefahr aussetzen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden.

Zur Sache

Am Unfalltag war ich Beifahrerin im VW-Transporter des Herrn Müller. Herr Müller ist ein guter Bekannter. Wir wollten mit dem Anhänger ursprünglich zu der Tante des Herrn Müller nach Kaarst fahren. Da wir einiges zuvor einkaufen wollten, fuhren wir noch zu Famka und parkten dort auf dem großen Parkplatz an der Römerstr.. Nach dem Einkauf beluden wir den Anhänger mit dem Einkaufsgut und fuhren nach Kaarst. Als wir schon fast bei der Tante angekommen waren, bemerkten wir, dass der Anhänger fehlte. Also fuhren wir die ganze Strecke bis zur Römerstr. zurück und sahen den Anhänger in der Absperrung des Autohauses Schneider stehen, durch welche der Einkaufsparkplatz von dem Ausstellungsbereich für Gebrauchtfahrzeuge abgegrenzt wird. Bei der Abfahrt von dem Einkaufsgelände muss sich wohl der Anhänger in der Absperrung verkeilt und von der Kupplung gelöst haben.

Der Anhänger wurde dann von Herrn Müller und einem Mitarbeiter des Autohauses geborgen und wieder an den Transporter gehängt. Herr Müller wollte noch einmal kurz ins Büro des Autohauses gehen und bat mich, so lange im Auto zu warten. Nach etwa 10 Minuten kam er zurück und sagte, dass niemand in dem Büro gewesen sei und er deshalb seine Personalien noch nicht habe angeben können. Da wir in Eile waren - seine Tante erwartete uns schon vor einer halben Stunde - wollte Herr Müller später telefonisch seine Personalien mitteilen.

Ob er dies dann getan hat, weiß ich nicht.

Mehr kann ich zu dem Vorfall nicht sagen.

Geschlossen:

Ulrich gelesen, genehmigt und unterschrieben:

Stöver
Stöver

Kersten
Kersten

PHM

Zeugenvernehmung

Der/die nachgenannte Zeuge(n) erschien

- ☒ auf Grund einer Vorladung
☐ aus eigener Veranlassung.

Name, Vorname, bei Frauen Geburtsname		Zutreffendes <input checked="" type="checkbox"/> oder ausfüllen
Junker, Karsten		
Staatsangehörigkeit / geb. am, in, Kreis		deutsch, geb. am 05.05.1965 in Neuss
Beruf / Wohnort, Straße, Hausnummer		Kaufmann, Neuss, Fischerstr. 8

Mit dem Gegenstand der Vernehmung bekannt gemacht, erklärt, der/die Zeuge(n) folgendes:

Ich bin mit dem Beschuldigten weder verwandt noch verschwägert. Ich wurde darauf hingewiesen, daß ich die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, durch deren Beantwortung ich mich oder einen Angehörigen der Gefahr aussetzen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden.

Zur Sache

Zur Unfallzeit befand ich mich mit einigen Mitarbeitern des Autohauses Schneider beim Mittagessen in der Kantine. Durch ein lautes Knallgeräusch wurden wir auf den Unfall aufmerksam. Wir gingen nach draußen und sahen dort einen PKW-Anhänger ohne Zugfahrzeug an der Absperrung unseres Gebrauchtwagenausstellungsplatzes stehen. Unser dort angebrachtes Werbeschild lag beschädigt am Boden. Nach einigen Minuten kam der Fahrer eines VW-Transporters und hielt vor unserem Autohaus an. Er gab an, er habe den Anhänger verloren. Gemeinsam zogen wir diesen aus der Absperrung, der Fahrer hängte ihn wieder an seine Anhängerkupplung. Ich bat den Beschuldigten, in die Verkaufsräume zu gehen und dort seine Personalien und Fahrzeugdaten zu hinterlassen, um eine Schadensregulierung einleiten zu können. Dies sagte der Beschuldigte zu, woraufhin ich wieder in die Kantine ging. Nach dem Mittagessen fragte ich unsere Verkaufsmitarbeiterin Frau Hirsch, ob der Beschuldigte gekommen sei und seine Personalien angegeben habe. Das war ca. 30 Minuten nach dem Unfall. Frau Hirsch verneinte dies. Sollte der Beschuldigte tatsächlich in das Büro gegangen sein, um dort seine Personalien zu hinterlassen, dürfte dies Frau Hirsch kaum entgangen sein, da sie nur kurz in der Kantine gewesen ist und ihr Mittagessen am Arbeitsplatz eingenommen hat. Zudem ist immer einer vom Personal in den Verkaufsräumen anwesend. Es kann allenfalls für einen kurzen Augenblick vorkommen, dass niemand anwesend ist.

Geschlossen:

Stöver
Stöver
PHM

albst gelesen, genehmigt und unterschrieben:

Junker
Junker

Zeugenvernehmung

☒ Der/die nachgenannte Zeuge(in) erschien

☒ auf Grund einer Vorladung

☐ aus eigener Veranlassung.

Zutreffendes <input checked="" type="checkbox"/> oder ausfüllen	
Name, Vorname, bei Frauen Geburtsname	Hirsch, Monika
Staatsangehörigkeit / geb. am, in, Kreis	deutsch, geb. am 09.08.1968 in Düsseldorf
Beruf / Wohnort, Straße, Hausnummer	Vertriebsassistentin, Neuss, Oberstr. 24

Mit dem Gegenstand der Vernehmung bekannt gemacht, erklärt ~~der~~ die Zeuge(in) folgendes:

Ich bin mit dem Beschuldigten weder verwandt noch verschwägert. Ich wurde darauf hingewiesen, daß ich die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, durch deren Beantwortung ich mich oder einen Angehörigen der Gefahr aussetzen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden.

Zur Sache

Am Unfalltag befand ich mich in den Verkaufsräumen des Autohauses Schneider, wo ich als Vertriebsassistentin beschäftigt bin.

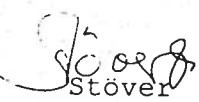
Ich traf kurz nach dem Unfall, welchen ich nicht selbst bemerkt habe, Herrn Junker in der Kantine unseres Hauses. Dieser teilte mir mit, dass jemand in die Absperrung unseres Gebrauchtwagenareals gefahren sei und seine Personalien im Büro abgeben wolle.

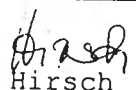
Ich war für ca. 5 Minuten in der Kantine und begab mich danach wieder in die Verkaufsräume. Dort wartete jedoch niemand.

Nach einiger Zeit fragte mich Herr Junker, ob der Beschuldigte seine Personalien hinterlassen habe, was ich verneinen musste. Daraufhin rief Herr Junker die Polizei.

Geschlossen:

Selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben:


Stöver
PHM


Hirsch

Der OKD als Kreispolizeibehörde Neuss

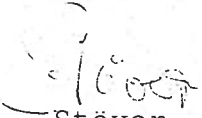
23.01.1999

Tageb.Nr.233/99

U.m.A.

der Staatsanwaltschaft in Düsseldorf
nach Abschluß der Ermittlungen übersandt.

Im Auftrag


Stöver

PHM

Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft ist vorzuschlagen.

Sollten weitere Ermittlungen für erforderlich gehalten werden, so ist davon auszugehen, daß diese durchgeführt worden sind und keine neuen Gesichtspunkte ergeben haben.

Im Falle einer Anklage braucht der Anklagesatz nicht formuliert zu werden. Es genügt die Angabe, vor welchem Gericht wegen welcher Straftaten Anklage erhoben werden soll. Entsprechendes gilt bei einem Antrag auf Erlass eines Strafbefehls; ein Vorschlag zum Strafmaß ist dabei entbehrlich.

Im Falle einer Einstellung genügt der zusammenfassende Vorschlag, warum und aufgrund welcher Vorschriften das Verfahren eingestellt werden soll.

Ordnungswidrigkeiten sind nicht zu prüfen.

Mit Beschluss vom 15.01.1999 hat das Amtsgericht Neuss auf Antrag der Staatsanwaltschaft gem. § 111 a StPO die Fahrerlaubnis des Beschuldigten vorläufig entzogen und die Beschlagnahme des Führerscheins und der Führerscheinkopie angeordnet bzw. bestätigt.

Der Auszug aus dem Bundeszentralregister des Beschuldigten Müller enthält keine Eintragungen.

Prüfervermerk zur Vortragsakte

Der Vortrag ist aus dem Austauschvortrag des LPA Niedersachsen entwickelt worden. Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ist keine Musterlösung. Er soll lediglich die Probleme aufzeigen, die das Prüfungsamt veranlasst haben, die Akte als Kurzvortrag auszugeben.

Der Beschuldigte dürfte sich des unerlaubten Entfernens vom Unfallort gem. § 142 I Nr. 1 StGB hinreichend verdächtig gemacht haben. Der Verlust des Anhängers bei der Abfahrt von dem allgemein zugänglichen Einkaufsparkplatz auf der Römerstr. und die Kollision dieses Anhängers mit dem Werbeschild und der Abspernung des Autohauses Schneider stellt einen Unfall im Straßenverkehr dar. Der Beschuldigte, der eingeräumt hat, den Transporter mit dem Anhänger gefahren zu haben, ist Unfallbeteiligter i.S.d. § 142 V StGB. Fraglich dürfte sein, ob sich der Beschuldigte vom Unfallort entfernt hat.

Dabei dürfte in dem ersten Wegfahren von dem Parkplatzgelände ohne den Anhänger - unabhängig von der Frage, ob ein „Sich - Entfernen“ auch vorsatzlos denkbar ist (vgl. hierzu Tröndle/Fischer, § 142 Rn. 23 a) - keine Tatbestandserfüllung gesehen werden. Nach Angaben der Beifahrerin, der Zeugin Kersten, bemerkten sie den Verlust des Anhängers erst, als sie schon fast in Kaarst angekommen waren. Dem Beschuldigten dürfte daher nicht nachzuweisen sein, dass er den Verlust des Anhängers und damit den Unfall sofort bemerkt hat, er damit den Tatbestand bereits hierdurch wenigstens bedingt vorsätzlich verwirklicht hat.

Der Beschuldigte dürfte den Tatbestand aber dadurch verwirklicht haben, dass er, nachdem der Anhänger wieder angekuppelt war, das Gelände verlassen hat, ohne Feststellungen zu ermöglichen. Dem dürfte nicht entgegenstehen, dass die Fälle nicht erfasst sind, in denen ein Unfallbeteiligter erst nach dem Unfall (z.B. durch ein führerloses, in Bewegung geratenes Fahrzeug) am Unfallort eintrifft und diesen wieder verlässt (hierzu: a.a.O. § 142 Rn. 21, 22). Der Unfall, bei dem der Unfallbeteiligte anwesend gewesen sein muss, muss dem „Sich - Entfernen“ vorausgehen. Dies ist hier der Fall. Der Beschuldigte hatte den Unfallort nur kurzzeitig (vorsatzlos) verlassen. Es bestand noch ein unmittelbarer räumlicher und zeitlicher Zusammenhang zu dem vorangegangenen Unfall, bei dem der Beschuldigte anwesend war.

Der Beschuldigte hätte am Unfallort anwesend bleiben und seiner Vorstellungspflicht dadurch genügen müssen, dass er angab, sein Verhalten könne nach den Umständen zur Verursachung des Unfalls beigetragen haben (vgl. a.a.O. § 142 Rn. 27, 28). Dies hat er nicht getan. Der Beschuldigte dürfte sich auch nicht darauf berufen können, dass kein Feststellungsinteressent vorhanden gewesen sei. Zwar bekundete die Zeugin Kersten, dass der Beschuldigte nach etwa 10 Minuten aus dem Büro gekommen sei und mitgeteilt habe, dass dort niemand sei. Dem steht jedoch die Aussage der Zeugin Hirsch entgegen, die äußerte, lediglich 5 Minuten abwesend gewesen zu sein. Diesen kurzen Zeitraum hätte der Beschuldigte jedenfalls warten müssen. Zudem wusste der Beschuldigte, dass sich der Mitarbeiter Junker auf dem Betriebsgelände aufhielt, demgegenüber er die Feststellungen hätte ermöglichen können.

Auf einen schuldausschließenden Verbotsirrtum nach § 17 S. 1 StGB dürfte sich der Beschuldigte nicht berufen können. Sollte er geglaubt haben, sich nach der kurzen Umschau im Büro ohne weitere Nachfrage entfernen zu dürfen, handelte es sich allenfalls um einen vermeidbaren Verbotsirrtum.

Der Beschuldigte dürfte sich hingegen durch die Überreichung der geklebten Farbfotokopie seines Führerscheins an die Polizeibeamten nicht des Gebrauchs einer unechten Urkunde gem. § 267 I 3. Alt StGB hinreichend verdächtig gemacht haben. Zwar dürfte der geklebten Farbfotokopie ausnahmsweise Urkundsqualität zukommen, da sie als eine angeblich vom Aussteller herrührende Urschrift hergestellt wird, die den Anschein einer Originalurkunde erweckt und erwecken soll (vgl. hierzu: Schönke/Schröder, § 267 Rn. 42; Tröndle/Fischer, § 267 Rn. 12 b). Fraglich dürfte aber sein, ob die Urkunde auch unecht ist. Unecht ist sie, wenn sie nicht von dem stammt, der in ihr als Aussteller bezeichnet ist. Erkennbarer Aussteller der Urkunde ist der Kreis Neuss, tatsächlicher Hersteller ist der Beschuldigte. Entscheidend ist aber, von wem die Urkunde geistig herrührt (Schönke/Schröder, § 267 Rn. 55), wer sich zu ihrem Inhalt bekennt. Da es sich lediglich um eine Farbfotokopie der Originalurkunde des Führerscheins handelt, wird der Rechtsverkehr nicht auf einen Aussteller, hier den Kreis Neuss, hingewiesen, der in Wahrheit nicht hinter der urkundlichen Erklärung steht. Hinreichender Tatverdacht nach § 267 StGB dürfte daher nicht bestehen.

Gem. § 25 Nr. 1 GVG entscheidet der Strafrichter beim Amtsgericht, zuständiges Amtsgericht ist Neuss, §§ 7, 8 StPO. Die Beantragung des Erlasses eines Strafbefehls nach § 407 StPO dürfte angezeigt sein. Dabei sollten auch die Entziehung der Fahrerlaubnis gem. §§ 69 I, II Nr. 3 StGB und die Anordnung einer Sperre gem. § 69 a StGB in den Strafbefehlsantrag aufgenommen werden (§ 407 II Nr. 2 StPO). Die Regelwirkung des § 69 II Nr. 3 StGB dürfte angesichts der Schadenshöhe von 2000,- DM anzunehmen sein (hierzu: Tröndle/Fischer, § 69 Rn. 13). Die Einziehung des Führerscheins gem. § 69 III StGB dürfte sich auch auf die Farbfotokopie desselben beziehen.